

Jenseits der Beschwichtigungen: Lokale Integrationspolitik in Rotterdam

Erik Snel

1 Einleitung

In den Jahren um die Jahrtausendwende steckte die Stadt Rotterdam in einer nicht zu übersehenden Krise. Oder, wie der Rotterdamer Bürgermeister Opstelten die prekäre Situation seiner Stadt kurz nach seinem Amtsantritt zusammenfasste: Rotterdam führt die ‚falschen Listen‘ an. Rotterdam hat die meisten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die Mittelschicht verlässt die Stadt, insbesondere Stadtteile mit hohem Ausländeranteil leiden unter baulichem Verfall und sozialer Deprivation, aber vor allem ist Rotterdam eines: unsicher!¹ Auch eine nationale Untersuchungskommission hatte auf die ‚außerordentlichen Probleme‘ in Rotterdam bereits hingewiesen.² Trotzdem waren es zunächst nicht Politik und Verwaltung, sondern Rotterdamer Bürger, die ein Bewusstsein für die Probleme ihrer Stadt schufen. Bereits Mitte der neunziger Jahre ergriffen Bürger des Rotterdamer Stadtteils Spangen, der als sozialer Brennpunkt gilt, die Initiative gegen das zunehmende Drogenproblem in ihrem Stadtteil. Als im Sommer 1999 die Belästigung durch öffentlichen Drogenhandel und -konsum ihren Höhepunkt erreichte, während die Polizei – in den Augen der Bürger – tatenlos zusah, besetzten protestierende Bürger vorübergehend das Rotterdamer Rathaus. Sie verlangten ein entschlossenes Vorgehen gegen die unhaltbaren Zustände und die Kriminalität in ihrem Stadtteil und wollten ‚Resultate sehen‘. Als sich die Situation eineinhalb Jahre später, im Jahr 2001, immer noch nicht verbessert hatte, konfrontierten Rotterdamer Bürgerinitiativen Bürgermeister Opstelten mit einer Petition, die die Versäumnisse der Lokalpolitik in Rotterdam scharf kritisierte:

„Die Sicherheitslage in Rotterdam ist schlecht. Bürger fühlen sich bedroht und auch die lokale Wirtschaft ist verunsichert. Die Polizei ist mit ihrer gegenwärtigen Ausstattung und Arbeitsweise nicht in der Lage, die Sicherheit in der Stadt auf einem akzeptablen Niveau zu gewährleisten. ... Die Stadtverwaltung ist passiv und reagiert auf dringende Appelle lediglich mit Beschwichtigungen, die nur ihre Ohnmacht und Resignation zeigen“ (zitiert nach Tops 2007: 42f.).

Im Nachhinein betrachtet war dieser Bürgerprotest gegen den halbherzigen Umgang der Stadtverwaltung mit dem Sicherheitsproblem (‚Beschwichtigungen‘) sicher der Auslöser für den nun folgenden deutlichen Wandel in der Rotterdamer Lokalpolitik (vgl. Tops 2007). Noch vor den Kommunalwahlen 2002 bemühte Bürgermeister Opstelten sich, Ansätze für ein nachdrücklicheres und konsequenteres Vorgehen gegen das Sicherheitsproblem der

¹ Ivo Opstelten wurde 1999 zum Bürgermeister von Rotterdam ernannt. Diese Äußerung stammt aus seiner ersten Neujahrsansprache Anfang 2000 (zitiert nach Tops 2007: 50).

² Commissie Brinkman (2002), eine Untersuchungskommission, die die urbanen Probleme und die politischen Lösungsansätze in niederländischen Großstädten untersucht.

Stadt auf der lokalpolitischen Agenda zu platzieren. Allerdings veränderte sich die Situation dramatisch, als aus eben diesen Kommunalwahlen die Partei *Leefbaar Rotterdam* („Lebenswertes Rotterdam“) – eine neue lokale Partei unter der Führung des bekannten populistischen Politikers Pim Fortuyn – gewissermaßen aus dem Nichts als stärkste politische Kraft hervorging. Politikwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von einem ‚Regimewechsel‘ in Rotterdam (vgl. Tops 2007). Sicherheit wurde so das neue Top-Thema in der lokalen Politik, und die neue Gemeindeverwaltung, in der *Leefbaar Rotterdam* nunmehr die Hauptrolle spielte, versprach, nicht nur Pläne zu machen, sondern diese auch umzusetzen. Fortuyn und *Leefbaar Rotterdam* äußerten darüber hinaus Kritik an Ausländern und an der multikulturellen Gesellschaft in den Niederlanden im Allgemeinen und in Rotterdam im Besonderen. Fortuyn selbst war allerdings nicht mehr an der weiteren Lokalpolitik in Rotterdam beteiligt. Er wurde am 6. Mai 2002 ermordet.

Dieser Beitrag behandelt die lokale Integrationspolitik in Rotterdam seit 2002. Ich werde mit einer kurzen Einschätzung einiger wichtiger Entwicklungen in der Stadt beginnen, insbesondere der wirtschaftlichen Situation, der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklungen in den Bereichen Sicherheit und Kriminalität (Abschnitt 2). Anschließend werde ich den politischen Kontext, in dem die jüngste lokale Integrationspolitik entstanden ist, beschreiben. Hierbei wird es vornehmlich um den bemerkenswerten Aufstieg von Pim Fortuyn und den Einfluss, den seine Ideen und *Leefbaar Rotterdam* auf die Lokalpolitik nahmen, gehen (Abschnitt 3). Danach werde ich auf den Kern des neuen Rotterdamer Ansatzes mit seinen Innovationen zur lokalen Sicherheitspolitik eingehen (Abschnitt 4). Anschließend werde ich mein Augenmerk auf unterschiedliche Facetten der lokalen Integrationspolitik richten: die Diskussion über Segregation und mögliche Maßnahmen mit dem Ziel, Migranten gleichmäßig über die gesamte Stadt zu verteilen, die lokale Debatte über den Islam und schließlich die Probleme bei der Integration neuer Migranten (Abschnitt 5).

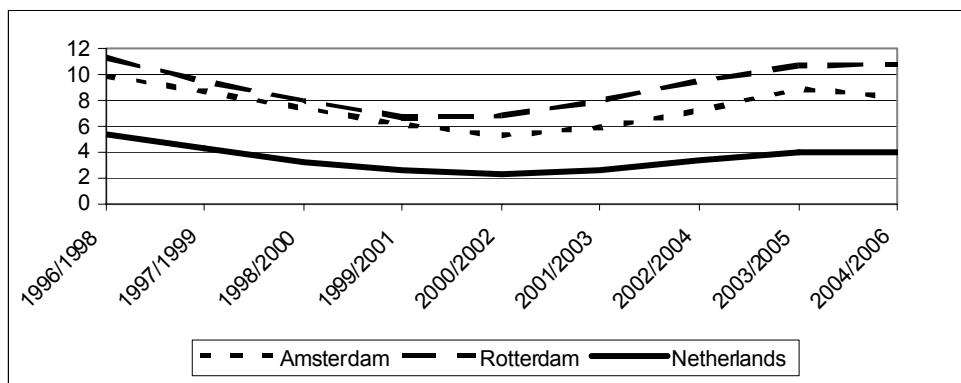
2 Rotterdam: Eine Hafen- und Industriestadt im Verfall

2.1 Stockende wirtschaftliche Entwicklungen

„Rotterdam arbeitet!“ – so hieß es früher überall in der Stadt. Mit seinem Welthafen und seiner starken Industrie war Rotterdam jahrzehntelang die Industrie- und Arbeiterstadt der Niederlande. Dies zog natürlich auch viele ausländische Arbeitnehmer in die Stadt. Allerdings machten die ökonomischen Krisen und Veränderungen der 1970er und 1980er Jahre Rotterdam, wie vielen anderen alten Industriestädten auch, schwer zu schaffen. Ölkrisen, technologische Entwicklungen insbesondere in den Bereichen Kommunikation und Transport und die zunehmende Konkurrenz durch Niedriglohnländer führten zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Rotterdam. Von Ende der 1960er bis Anfang der 1990er Jahre sank die Zahl der Arbeitsplätze in der Rotterdamer Innenstadt um ein Viertel, in den umliegenden Bezirken sogar um bis zu 40 Prozent (vgl. Burgers 1999: 37). Die Arbeitslosenquote in den niederländischen Städten lag bis in die 1980er Jahre zwar nicht über dem Landesdurchschnitt, doch dies veränderte sich dann gravierend – insbesondere in Rotterdam (vgl. Abbildung 1). Auch Amsterdam hatte in jenen Jahren mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu kämpfen, aber in Rotterdam verliefen die Entwicklungen weitaus verhängnisvoller. Kloosterman und Trip

(2005) nennen verschiedene Gründe hierfür. Rotterdam ist von jeher eine Hafen- und Industriestadt, Amsterdam dagegen eine typische Handelsstadt und viel eher ein kulturelles und touristisches Zentrum als Rotterdam. Zwar gingen in beiden Städten viele Arbeitsplätze in der Industrie verloren, aber in Amsterdam weitete sich der Dienstleistungssektor mehr aus als in Rotterdam. Wo der Dienstleistungssektor in Rotterdam an Bedeutung zunahm, ging es kaum um innovative Branchen wie Informationstechnologie oder Telekommunikation, sondern überwiegend um Bildung und öffentlichen Dienst. Schließlich gibt es in Amsterdam mehr Arbeitsplätze in den Bereichen Gastronomie und ‚Kulturindustrie‘ als in allen anderen niederländischen Großstädten zusammen. Dies ist besonders wichtig, weil gerade im ‚Fun‘-Bereich viele Menschen mit niedrigem Bildungsstand ein Auskommen finden können.

Abbildung 1: Arbeitslosenquote in Amsterdam, Rotterdam und den Niederlanden insgesamt (1996-2006)



Quelle: Statistics Netherland, Statline (eigene Berechnungen)

Einen zweiten wesentlichen wirtschaftlichen Unterschied stellt die Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung beider Städte dar. Amsterdam ist in viel höherem Maße als Rotterdam eine gemischte Stadt mit einer gewissen Anziehungskraft für die gut ausgebildete Mittelschicht. Daher liegt in Amsterdam der Anteil hoch qualifizierter Erwerbstätiger auch deutlich höher als in Rotterdam (etwa 45 % bzw. 30 %).³ Dies hat natürlich große Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten beider Städte. Amsterdam bietet der wachsenden Dienstleistungswirtschaft ein hervorragendes Angebot an Arbeitnehmern mit entsprechenden Qualifikationen (unter anderem die oft zitierte ‚kreative Klasse‘; vgl. Florida 2002). In Rotterdam werden dagegen qualifizierte Stellen überwiegend mit Arbeitnehmern besetzt, die außerhalb der Stadt wohnen. Die erwerbstätige Bevölkerung in Rotterdam setzt sich zu einem großen Teil aus Menschen mit schlechter Ausbildung (häufig mit Migrationshintergrund) zusammen, die auf dem heutigen postindustriellen Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben (vgl. Steijn et al. 2000; Burgers/Musterd 2002). Dies ist sicherlich eine Erklärung für die andauernde hohe Arbeitslosigkeit in Rotterdam.

³ Zahlen für 2002 nach Kloosterman/Trip (2005: 44).

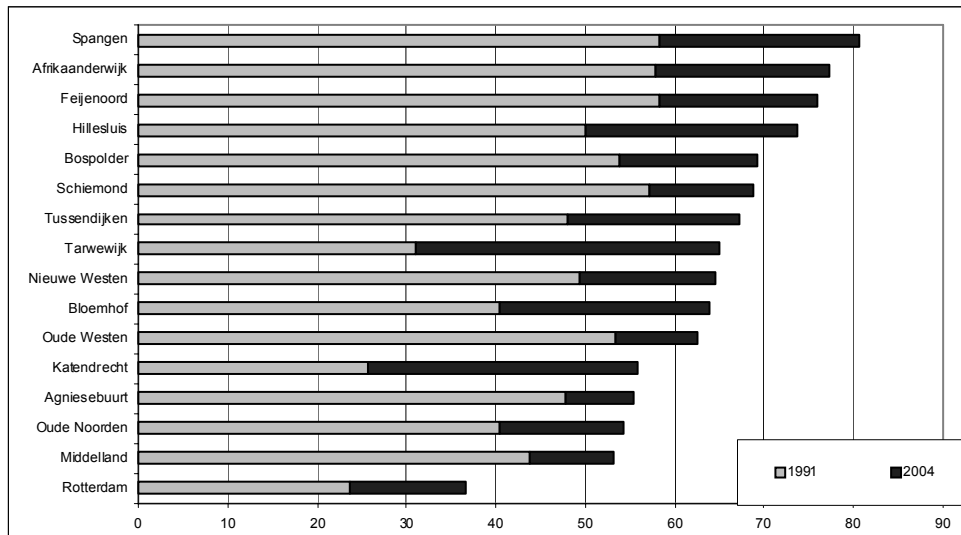
2.2 Zunehmende Diversität der städtischen Bevölkerung

Rotterdam ist mit knapp 600.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Niederlande. Die Einwohnerzahl ist seit 1990 mehr oder weniger gleich geblieben. Allerdings verbergen sich hinter dieser scheinbaren Stabilität tiefgreifende demografische Veränderungen: bestimmte Bevölkerungsgruppen verlassen die Stadt und werden durch andere ersetzt. Ein Aspekt dieser selektiven Migration aus der und in die Stadt wurde bereits genannt. Rotterdam ist nicht besonders attraktiv für die Mittelschichten, vor allem, weil die bevorzugte Wohnform – Einfamilienhaus mit Garten – ein seltenes Gut in dieser Stadt ist. Auch Rotterdams negatives Image als gefährliche Stadt hat dazu beigetragen, dass die Mittelschichten – wozu inzwischen auch die ausländische Mittelklasse zählt – aus der Stadt wegziehen. An ihre Stelle treten deprivierte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Migranten, für die das Rotterdamer Wohnungsangebot mit seiner großen Zahl an billigen Wohnungen besonders attraktiv ist. Außerdem ziehen viele junge Menschen wegen des Ausbildungs- und Kulturangebots nach Rotterdam (vgl. Van de Wouden/De Bruijne 2001; Engbersen et al. 2005; Van Praag 2005).

Die sichtbare Folge dieser selektiven Migration ist die zunehmende Diversifizierung der Rotterdamer Bevölkerung. Obwohl bereits Mitte der 1980er Jahre viele Gastarbeiter in Rotterdam lebten, war die Stadt damals doch noch überwiegend ‚weiß‘. Inzwischen (2007) ist der Anteil der Einheimischen an der Rotterdamer Bevölkerung auf 54 Prozent zurückgegangen. In niederländischen Bevölkerungsstatistiken wird die Herkunft eines Menschen an Hand des Geburtslandes der Person und seiner Eltern festgestellt. Ein Mensch zählt als ‚einheimisch‘, wenn die Person selbst sowie seine Eltern in den Niederlanden geboren wurden. Dies gilt für etwa die Hälfte der Rotterdamer Bevölkerung. Die übrigen Rotterdamer sind Migranten der ersten und zweiten Generation aus den früheren Kolonien (Surinamer und Antillianer, zusammen 12 % der Rotterdamer Bevölkerung), frühere Gastarbeiter, ihre Familien und Nachkommen (Türken und Marokkaner, zusammen 14 % aller Rotterdamer), Migranten der ersten und zweiten Generation aus anderen nicht-westlichen Ländern (9 %) sowie aus westlichen Ländern (EU, USA usw., 10 %). Rotterdam ist daher in besonderem Maße eine multikulturelle Stadt. Dem Rotterdamer Forschungsinstitut COS zufolge (2003) werden die Minderheiten von heute in absehbarer Zukunft die Mehrheit der Rotterdamer Bevölkerung ausmachen. Wir werden sehen, dass diese Bevölkerungsprognose zu vielen Debatten und umfassenden Maßnahmen in der Rotterdamer Politik geführt hat. Die Situation, dass ethnische Minderheiten die Mehrheit der Bevölkerung stellen, ist in vielen Rotterdamer Stadtteilen allerdings ohnehin bereits Wirklichkeit (vgl. Abbildung 2).

Auffällig ist auch, dass sich der Minderheitenanteil in vielen Rotterdamer Stadtteilen nach 1990 noch deutlich vergrößert hat. In der Tarwewijk in Rotterdam-Süd – einschlägig als Problemgebiet bekannt – hat sich der Minderheitenanteil mehr als verdoppelt (von etwa 30 % im Jahr 1991 auf 65 % im Jahr 2004). Gerade solche schnellen Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung werden von den Bürgern als Bedrohung erlebt. Darüber hinaus bringen solche ethnischen Konzentrationen nicht per Definition, in der Praxis jedoch häufig, allerlei Probleme für einen Stadtteil mit sich. Die Stadtteile mit dem höchsten Minderheitenanteil sind im Allgemeinen auch die Stadtteile mit der höchsten Arbeitslosigkeit, den meisten armen Haushalten, der höchsten Kriminalitätsrate usw.

Abbildung 2: Rotterdamer Stadtteile mit dem höchsten Minderheitenanteil* (1991-2004)



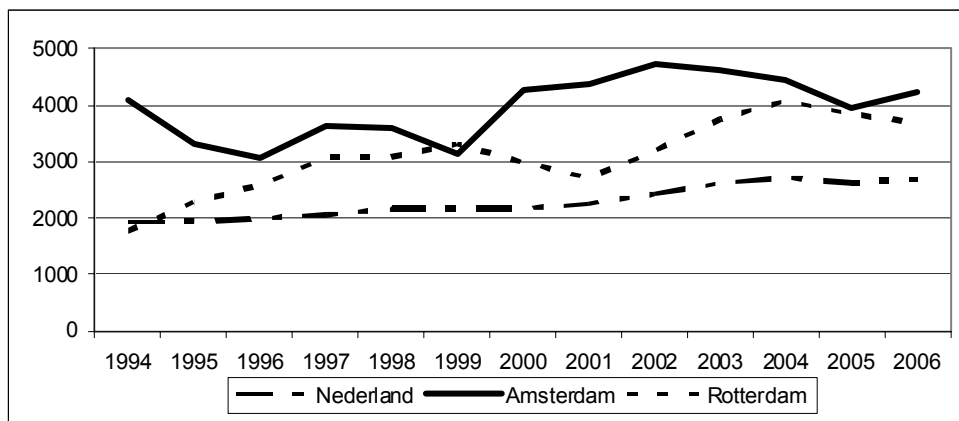
* 'Minderheiten' = Migranten der ersten und zweiten Generation (mit mindestens einem außerhalb der Niederlande geborenen Elternteil) aus nicht-westlichen Ländern

Quelle: Centrum voor Onderzoek en Statistiek, Rotterdam (eigene Berechnungen)

2.3 Belästigung und Kriminalität

Unsicherheit wird – jedenfalls in der öffentlichen und politischen Debatte – oft als das größte Problem der heutigen Städte angesehen. Innerhalb der Städte konzentriert sich dieses Problem wiederum in benachteiligten und segregierten Stadtteilen. Abbildung 3 zeigt, dass die polizeilich registrierte Kriminalität in Amsterdam und Rotterdam fast doppelt so hoch ist wie im niederländischen Durchschnitt. Besonders besorgniserregend ist hierbei, dass auch die Anzahl der Tatverdächtigen bei relativ schweren Vergehen wie beispielsweise Gewaltverbrechen in Rotterdam fast doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt. Die Anzahl der Tatverdächtigen bei Gewaltverbrechen ist in den letzten Jahren – allen politischen Bemühungen zum Trotz – immer weiter gestiegen (Angaben nicht in der Abbildung). Gerade dieses Übermaß an Belästigung und Kriminalität spielte eine zentrale Rolle in der politischen Debatte und im konkreten politischen Handeln nach dem Wahlsieg von Pim Fortuyn.

Abbildung 3: Polizeilich registrierte Tatverdächtige von Straftaten pro 100.000 Einwohner (zwischen 12 und 79 Jahren) in Amsterdam, Rotterdam und den Niederlanden (1994-2006)



Quelle: Statistics Netherlands, Statline (eigene Berechnungen)

3 Pim Fortuyn in Rotterdam – Rotterdamer Lokalpolitik 2002-2007

2002 war das mit Abstand dramatischste Jahr in der jüngeren niederländischen Geschichte. Die Niederlande wurden bereits seit acht Jahren von einer sozialliberalen Koalition regiert, und in den Großstädten waren die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten die unbestrittenen Machthaber. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es den Niederlanden in dieser Zeit sehr gut (man sprach sogar von einem ‚Dutch miracle‘; vgl. Visser & Hemerijck 1996), dennoch wuchs in der Bevölkerung die Unzufriedenheit, da viele wichtige Probleme nicht gelöst wurden: Staus auf den Straßen, lange Wartezeiten im Pflegebereich, das Sicherheitsproblem in den Städten, die zunehmende Migration usw. Alle diese Ärgernisse wurden von Pim Fortuyn scharf angegriffen, der in den Monaten vor den Wahlen im Jahr 2002 fast täglich in den Medien erschien. Fortuyn (2002) kritisierte die ‚Trümmerhaufen‘ der sozialliberalen (‚violetten‘) Koalition, aber besonderes Aufsehen erregte er mit seinen kritischen Äußerungen zur fortschreitenden Immigration und über Migranten im Allgemeinen. So behauptete Fortuyn wiederholt, dass die Niederlande ‚voll‘ seien und nannte den Islam eine ‚zurückgebliebene Kultur‘.⁴ Später relativierte er diese letzte Aussage durch die Behauptung, er habe nicht ‚zurückgeblieben‘ sondern ‚rückständig‘ gemeint (in der niederländischen Sprache das gleiche Worte). Fortuyns Äußerungen kennzeichnen den generellen Wandel, den die politische Debatte über Immigration und Integration in den Niederlanden in dieser Zeit erlebte. In den 1980er und 1990er Jahren waren die Niederlande vor allem für ihre tolerante Haltung gegenüber Minderheiten und Migranten bekannt, obwohl schon in den 1990er

⁴ Fortuyn machte diese Äußerungen in einem Interview der *Volkskrant* (vgl. Wansink 2004: 290). Aufgrund dieser Äußerungen wurde er von seinem Amt als Spitzenkandidat der landesweit auftretenden Partei *Leefbaar Nederland* entbunden. Er blieb allerdings Spitzenkandidat von *Leefbaar Rotterdam* und gründete gleichzeitig eine eigene Partei, die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), um an den landesweiten Wahlen teilnehmen zu können.

Jahren gelegentlich die Rede davon war, dass es notwendig wäre, die integrationspolitische Praxis zu verschärfen. Die multikulturelle Politik der 1980er Jahre, die einen starken Akzent auf das Bewahren der kulturellen Identitäten der unterschiedlichen Migrantengruppen setzte, wurde in den 1990ern von einer Politik abgelöst, die ihre Schwerpunkte eher auf die sozial-ökonomische Integration, die Förderung der Teilnahme am Arbeitsmarkt und die Beseitigung von Mängeln im Ausbildungs- und Arbeitswesen legte. Nach der Jahrtausendwende und den Anschlägen von New York (2001), Madrid (2003) und in den Niederlanden nach den Morden an Pim Fortuyn (2002) und Theo van Gogh (2004), fand erneut eine Wende in der niederländischen Integrationsdebatte statt. Diese Wende kann in drei Punkten zusammengefasst werden (vgl. Snel 2003; Snel/Stock 2008). Während in den 1980ern und 1990ern die Integration von Minderheiten und Migranten noch primär als sozial-ökonomische Fragestellung gesehen wurde, sozusagen als ein ‚Rückständigkeitsproblem‘, traten nach der Jahrtausendwende eher kulturelle Fragestellungen in den Vordergrund: die abweichenden Verhaltensmuster und Meinungen (Normen und Werte) von Migranten insbesondere mit moslemischem Hintergrund.

Dies bedeutete in zweiter Linie natürlich auch eine komplett neue Wahrnehmung der Fragestellung, wessen Problem die Integration jetzt eigentlich sei. In der alten Wahrnehmung war die mühsame Integration von Minderheiten und Migranten vor allem ein Problem der betreffenden Gruppen selbst: sie hatten grundsätzlich Nachholbedarf. Aus der neuen Perspektive betrachtet wurde mangelnde Integration zu einem Problem der gesamten Gesellschaft.

Die Überzeugung, dass die niederländische Gesellschaft zu viele Migranten, zu viel kulturelle Diversität und vor allem zu viel von der Norm abweichendes Verhalten von Migranten (lies: Muslime) nicht verkraften könne, wuchs mehr und mehr. Die Angst, dass die niederländische Gesellschaft auf dem Spiel stehe, wurde durch die Angst vor dem islamistischen Terror noch zusätzlich verstärkt.

Zum Dritten veränderte sich damit auch die Richtung, in der nach Lösungen für das Problem gesucht wurde. Nach der alten Auffassung lag die Lösung für das Integrationsproblem hauptsächlich in der Emanzipation und in der Verbesserung der sozial-ökonomischen Position der Migranten. Die neue, kulturelle Perspektive sah die Lösung dagegen viel eher in der kulturellen Anpassung der Migranten (Assimilation). Es wurde immer mehr betont, dass Migranten sich nicht nur an die niederländischen Gesetze zu halten hätten, sondern auch die grundlegenden Werte und Normen der niederländischen Gesellschaft akzeptieren müssten.

Tabelle 1: Die Rahmung von Integration: Benachteiligung vs. Kultur

	Benachteiligungsperspektive	Kulturelle Perspektive
Gesellschaftliche Sphäre	sozio-ökonomisch	Kultur (Verhalten und Ansichten)
Art des Problems	Benachteiligung (niedriges Bildungsniveau, schwache Arbeitsmarktposition)	Abweichendes Verhalten, Normen & Werte
Wessen Problem?	der Einwanderergruppen	der gesamten Gesellschaft
Mögliche Lösungen	Emanzipation (Ökonomische Verbesserungen)	Assimilation (Kulturelle Anpassung)

Quelle: Snel (2003); Snel/Stock (2008)

Genau dies ist der politisch-ideologische Kontext, aus dem der plötzliche Aufwind für Pim Fortuyn bei den Wahlen von 2002 und die politischen Inhalte seiner Partei *Leefbaar Rotterdam* entstand. Fortuyn wollte eigentlich die nächsten landesweiten Wahlen gewinnen, um der nächste Ministerpräsident der Niederlande zu werden, aber die Kommunalwahlen 2002 in seiner Heimatstadt Rotterdam stellten für ihn eine ideale Möglichkeit für einen Testlauf dar. Fortuyn war erst wenige Monate vor den Wahlen, im Januar 2002, Mitglied von *Leefbaar Rotterdam* geworden, wurde aber trotzdem umgehend als Spitzenkandidat der Partei aufgestellt (vgl. Oosthoek 2005). Knapp sechs Wochen später konnten Fortuyn und *Leefbaar Rotterdam* einen enormen Wahlsieg verbuchen. *Leefbaar Rotterdam* wurde mit 17 von 45 Sitzen mit einem Schlag die größte Partei im Gemeinderat. Der größte Verlierer der Wahl waren die Sozialdemokraten, die von ihren bisher 15 Sitzen nur noch 11 behielten.

Diese äußerst schnellen Entwicklungen brachten es mit sich, dass *Leefbaar Rotterdam* über kein umfassend ausgearbeitetes Wahlprogramm verfügte. Im Wesentlichen setzte sich die Partei inhaltlich von der ‚alten Politik‘ ab, in der Partieliten die Macht und die Bürger kaum Mitspracherecht hätten. Der lokalen Bürokratie wurde der Kampf angesagt. Mit der toleranten Duldungspolitik in Rotterdam sollte endlich Schluss sein.

Es ist bemerkenswert, dass *Leefbaar Rotterdam* in ihrem Wahlprogramm keinerlei Kritik an Migranten oder an Rotterdam als multikultureller Stadt übte. Das Hauptaugenmerk lag hier auf dem Thema Sicherheit, wo man eine „kompromisslose Anwendung der Gesetze“ (Oosthoek 2005: 44, 80) forderte. Doch auch wenn das Wahlprogramm sich hierüber ausschwig: Migration und multikulturelle Gesellschaft waren das zentrale Thema in der Wahlkampagne der Partei. Auf Wahlveranstaltungen äußerte sich Fortuyn unter anderem wie folgt: „Wir lassen zu viele Ausländer herein. Auf diese Weise bekommen wir eine große Unterklasse von Menschen, die kaum im Stande sind, einen wirtschaftlichen oder kulturellen Beitrag zu leisten.“ Und: „Den Islam betrachte ich als außergewöhnliche Bedrohung, als eine uns feindlich gesonnene Gesellschaftsform“ (zitiert nach Oosthoek 2005: 25). Fortuyn plädierte auch für eine aktive Verteilung der Migranten über die gesamte Stadt: die ‚Monokulturen‘ türkischer und marokkanischer Stadtteile müssten aufgebrochen werden, „wenn nötig unter Zwang“ (Oosthoek 2005: 48). Wahlforscher fanden später heraus, dass gerade diese Haltung gegenüber Migranten und der multikulturellen Gesellschaft für viele Wähler der ausschlaggebende Grund war, für *Fortuyn* zu stimmen (vgl. Van der Brug 2003; Wansink 2004).

Noch vor dem Mord an Fortuyn am 6. Mai 2002 konstituierte sich die neue Rotterdamer Stadtverwaltung. Der Newcomer *Leefbaar Rotterdam* bildete eine Koalition mit zwei Vertretern der ‚alten Politik‘, den Christdemokraten (CDA) und den Liberalen (VVD), die zusammen 9 der 45 Sitze im Rotterdamer Stadtrat innehatten (vgl. Oosthoek 2005: 101). Die Sozialdemokraten blieben so in der Rotterdamer Lokalpolitik vorläufig außen vor.

Tops (2007: 14, 60) zufolge sind sowohl in der Koalitionsvereinbarung als auch im gemeinsamen Regierungsprogramm der drei Parteien zwei Ansätze vereinigt worden: Einerseits die kompromisslose ‚law & order‘-Linie von *Leefbaar Rotterdam*, die absolute Gesetzestreue und ‚low tolerance‘ gegenüber Gesetzesübertretungen verlangt, auf der anderen Seite aber auch der eher an der Gemeinschaft orientierte Ansatz der Christdemokraten, der die Normen und Werte ‚vitaler Gemeinschaften‘ in den Vordergrund stellt. In der Koalitionsvereinbarung der drei Parteien heißt es:

„Das Wahlergebnis zeigt, dass Unsicherheit, umfangreiche Einwanderung, Unzufriedenheit und Unruhe in der Stadt die sozialen Bindungen der Einwohner stark beeinträchtigt haben. Eine Debatte über allgemeine Normen und Werte ist daher notwendig. Dies impliziert die Bestrebung, andere Meinungen und Kulturen mit einzubeziehen“ (Koalitionsvereinbarung ‚Der neue Elan für Rotterdam‘, 2002: 1).

Das Regierungsprogramm der neuen Koalition enthielt zwei Kernpunkte: Das Thema Sicherheit erhielt absolute Priorität in der Lokalpolitik, ganz oben auf der Liste stand das konsequente Vorgehen gegen die mangelnde öffentliche Sicherheit in der Stadt. Außerdem wurde ein neuer, handlungs- und ergebnisorientierter Politikstil proklamiert. Die Zeit der ausführlichen politischen Programme war vorbei, das Ziel war es jetzt, politische Ziele tatsächlich in die Realität umzusetzen, um konkrete (d. h. messbare) Ergebnisse vorweisen zu können (vgl. Tops 2007: 68). Zur großen Erleichterung der Kritiker enthielt das Regierungsprogramm keinerlei Punkte zum angekündigten ‚härteren Umgang‘ mit Migranten und Minderheiten. Die zentralen Themen des Wahlkampfes, wie der geforderte ‚Einwanderungsstopp‘ oder die wenn nötig zwangsweise Verteilung von Migranten über die Stadt wurden nicht in das Programm aufgenommen (vgl. Tops 2007: 69). Tatsächlich umfasste das Regierungsprogramm kaum Punkte, die sich ausdrücklich auf eine Migranten- und Minderheitenpolitik beziehen (mit Ausnahme des Vorhabens, die Pflicht zur ‚Erstintegration‘ neuer Migranten konsequenter umzusetzen). Soziale Integration war allerdings durchaus ein Thema. So wurde eine Politik angekündigt, die allgemein den ‚sozialen Zusammenhalt in der Stadt‘ wiederherstellen und stärken sollte.

Im Folgenden werde ich zunächst das neue ‚Sicherheitsregime‘ und damit den Kernpunkt des neuen ‚Rottdamer Ansatzes‘ darstellen. Darüber hinaus werden einige wesentliche Themen, die mit der Integration von Migranten und Minderheiten zusammenhängen, behandelt.

4 Die neue Rottdamer Sicherheitspolitik

Der Kern der neuen Rottdamer Politik – Tops (2007) spricht sogar von einem neuen ‚politischen Paradigma‘ – liegt in der alles beherrschenden Bestrebung gegen die Kriminalität in der Stadt vorzugehen. Dieser sicherheitspolitische Schwerpunkt beherrschte übrigens nicht nur während der Regierungszeit von *Leefbaar Rotterdam* (2002-2006) das politische Geschehen, sondern wird auch von der heutigen Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten, die nach der Wahlniederlage von *Leefbaar Rotterdam* im Jahr 2006 die Regierungsgeschäfte in Rotterdam übernahm, konsequent fortgesetzt. Die neue Rottdamer Sicherheitspolitik hat zwar nicht direkt mit Minderheiten- und Integrationsfragen zu tun, indirekt aber schon. Kriminalität ist stark konzentriert in armen Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Migranten und Jugendliche mit Migrationshintergrund (in Rotterdam überwiegend marokkanisch- und antillianischstämmige Jugendliche) in den Kriminalitätsstatistiken stark überrepräsentiert sind. In der Praxis zielt die neue Rottdamer Sicherheitspolitik daher zwar nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße auf Stadtteile mit hohem Ausländeranteil und auf (bestimmte) Migrantengruppen in der Stadt ab.

Der neue Rottdamer Ansatz wird auch als ‚soziale Rückeroberung‘ bezeichnet. Dieser Begriff beschreibt nicht nur ein repressives Auftreten der Polizei in Problemgebieten,

sondern die Gesamtheit der sozialen und räumlichen Maßnahmen, die 1) die Verbesserung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum, 2) eine ausgewogenere Bevölkerungsstruktur und 3) die Etablierung allgemeiner Verhaltensregeln zur Verbesserung des alltäglichen Umgangs der Einwohner miteinander zum Ziel haben (Engbersen et al. 2005: 19f.). Die soziale Rückeroberung richtet sich vor allem auf die Stadtteile, in denen eine kritische Grenze bereits überschritten war und wo herkömmliche Mittel der Politik keine nennenswerten Erfolge zeigen. Die Wiederherstellung der Sicherheit in diesen Stadtteilen gilt als Grundvoraussetzung für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

Die Strategie der sozialen Rückeroberung wird in erster Linie durch *neue, kriegerische Metaphern* gekennzeichnet: In Rotterdam spricht man mittlerweile von ‚Stadtkommandos‘ (‚stadsmariniers‘), ‚Interventionsteams‘, ‚Hot-Spot-Gebieten‘ und ‚Taskforces‘. Die städtische Politik ist Krieg, scheint man damit ausdrücken zu wollen.

Ein zweites Merkmal der sozialen Rückeroberung ist die *Wiederentdeckung urbaner Probleme*. Die Grundvoraussetzung dafür, Probleme in einem Stadtteil lösen zu können, ist natürlich, dass man die Probleme auch kennt. In den Problemgebieten haben diverse illegale und informelle Praktiken um sich gegriffen, die von Wohndelikten (illegaler Aufenthalt, nicht genehmigte Untervermietung) über Sozialhilfebetrug bis zum Drogenhandel und dem Betrieb illegaler Cannabisplantagen auf Dachböden reichen. Die zuständigen Behörden und die Verantwortlichen hatten diese Probleme bisher entweder völlig ignoriert oder weggeschaut. Doch mittlerweile gibt es einen neuen Typus des Verantwortlichen, den buchstäblichen ‚street level bureaucrat‘, der im Stadtteil vor Ort, auf der Straße und falls nötig auch hinter der Haustür im unmittelbaren Kontakt zu den Anwohnern steht und daher weiß, was los ist in ‚seinem‘ Stadtteil.

Dies impliziert ein drittes Kennzeichen der sozialen Rückeroberung, nämlich die *Entbürokratisierung der Behörden*, die in den Problemgebieten aktiv sind. Die neuen Typen der Professionals und Beamten sitzen weniger hinter ihren Schreibtischen, sondern sind vielmehr vor Ort auf der Straße präsent. So gibt es beispielsweise ‚Nachbarschaftswarte‘, ‚Straßenmanager‘, Polizisten als ‚Nachbarschaftsregisseure‘, ‚Justiz in der Nachbarschaft‘ und vieles andere mehr. Die gesamte sozialpolitische Praxis ist mehr denn je ‚street-wise‘. Eine noch weiter gehende Form der Entbürokratisierung ist das Phänomen der ‚Frontsteuerung‘ (eine weitere kriegerische Metapher). Frontsteuerung bedeutet, dass die tatsächliche Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen (an der ‚Front‘ der Großstadt) im Mittelpunkt steht. Komplexe politische Prozesse in Problemstadtteilen haben ihre eigenen Dynamiken, die nur schwer von oben gesteuert werden können. Politische Maßnahmen werden daher von den Ausführenden, die, bildlich gesprochen, mit beiden Füßen im Dreck stehen und daher wissen, was sich abspielt, selbst entwickelt und gesteuert. Diese neue Arbeitsweise, die in Rotterdam inzwischen auch mit dem ‚Buro Frontlinie‘ institutionalisiert wurde, zeigt eine völlig neue politische Logik. In der traditionellen Politik wird eine politische Maßnahme im Vorhinein definiert, und dann durch eine konkrete Handlungsanweisung praktisch in die Tat umgesetzt (Entwurfslogik). Bei der ‚Frontsteuerung‘ dagegen entsteht die Maßnahme unmittelbar aus der konkreten Praxis (Handlungslogik) (Hartman/Tops 2005).

Das vierte Merkmal der sozialen Rückeroberung ist der *aufdringliche Ansatz* (‚intrusive approach‘), soziale Probleme in der Stadt anzugehen. Dieser Ansatz ist gleichermaßen repressiv und regulierend, wobei ein Eingriff in die Privatsphäre der Bürger nicht gescheut wird. Ein gutes Beispiel für diesen zudringlichen Ansatz ist die Praxis der präventiven Leibesvisitation, die in besonders unsicheren Gebieten (so genannten Hot Spots) angewen-

det wird. Das präventive Durchsuchen von Passanten bedeutet einen deutlichen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger, was von den Anwohnern allerdings anstandslos akzeptiert wird, da es zu mehr Sicherheit im Stadtteil führt. Ein anderes Beispiel ist, dass Bewohner, die andere über Gebühr belästigen oder durch andere Unregelmäßigkeiten (insbesondere durch illegale Cannabisplantagen) auffällig werden, ihres Hauses verwiesen werden können. Auf diese Weise geräumte Häuser werden durch eine Stahltür verschlossen und unzugänglich gemacht. Mittlerweile sind in Rotterdamer Problemstadtteilen hunderte von Wohnungen auf diese Weise versperrt worden. Die Stahltüren werden nur dann wieder entfernt, wenn der Eigentümer der Wohnung oder des Hauses eine deutliche Verbesserung der Situation nachweisen kann. Einige der Innovationen des neuen Rotterdamer Sicherheitsregimes werden im Folgenden genauer beleuchtet.

4.1 *Stadsmariniers*

Ende 2002 wurden in Rotterdam sieben sogenannte Stadsmariniers angestellt. Der Ausdruck ‚*Stadsmariniers*‘ stammt von einer Kommission, die sich die Frage stellte, warum das Heer seine besten Männer (die Marineinfanterie) an der Front einsetzt, während es in der öffentlichen Verwaltung augenscheinlich genau umgekehrt funktioniert: Die besten Mitarbeiter werden von der Straße geholt und hinter Schreibtische gesetzt. Das ‚*Mariniersmodell*‘ bedeutet den Einsatz guter, tatkräftiger Mitarbeiter in der unmittelbaren Praxis der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen (vgl. Tops 2007: 74). Die Stadsmariniers werden eingesetzt, um die Probleme spezifischer Stadtteile oder Bevölkerungsgruppen (wie Drogenabhängige oder kriminelle antillianische Jugendliche) zu lösen. Die Stadsmariniers sind einerseits gute Prozessmanager, die die Zusammenarbeit zwischen allen an der Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen beteiligten Parteien (Gemeindedienste, Polizei, Justiz und anderen Institutionen) fördern (‚*Schmieröl-Funktion*‘). Andererseits können sie (im Falle ausbleibender Resultate) Fortschritte forcieren, da sie über einen direkten Draht zu den politisch Verantwortlichen verfügen. Durch die unmittelbare Verbindung zur Politik können beispielsweise Institutionen oder einzelne Beamte, die sich in einem bestimmten Fall querstellen, zur Ordnung gerufen werden (‚*Brecheisen-Funktion*‘). Darüber hinaus bekommen die Stadsmariniers bei ihrer Einstellung ein ansehnliches Budget von bis zu 3 Millionen Euro zugeteilt, über das sie relativ frei verfügen können (vgl. Tops 2007: 194, 209). Der Stadsmarinier verfügt über eine relativ autonome Stellung und kann außerhalb der üblichen behördlichen Hierarchien agieren. Und gerade diese Autonomie ist der große Vorteil der Stadsmariniers: auf diese Weise bleiben sie äußerst flexibel, sie können nach eigenem Ermessen auftreten und handeln, ohne sich Gedanken um behördliche Kompetenzen und Befugnisse machen zu müssen (vgl. Tops 2007: 209). Die Stadsmariniers passen daher hervorragend in das Konzept der ‚*Frontsteuerung*‘.

4.2 *Interventionsteams*

Eine weitere Rotterdamer Innovation ist die Bereitstellung von Interventionsteams. Hierbei handelt es sich um multidisziplinäre Teams mit Vertretern der Bezirksverwaltung, der Sozialämter, der Polizei, der Bau- und Wohnungsaufsicht sowie gegebenenfalls auch Vertre-

tern anderer Institutionen wie beispielsweise der städtischen Energieversorgung (falls es beispielsweise um eine illegal angezapfte Stromleitung zum Betrieb einer Cannabisplantage geht). Ein Interventionsteam sucht unangekündigt Häuser und/oder Personen auf, die Anlass zu Beschwerden gegeben haben. Meistens wird bei den ‚notorisch auffälligen‘ Haushalten begonnen, wo vermutet werden kann, dass irgendetwas nicht in Ordnung ist, aber es werden auch stichprobenartig beliebige Haushalte überprüft. Die Rotterdamer Interventionsteams verstehen sich selbst als eine Kombination aus Kontrolle und Hilfe. Einerseits wird kontrolliert, ob irgendwelche Unregelmäßigkeiten in einem Haushalt erkennbar sind (illegaler Aufenthalt, Sozialhilfebetrug, Steuerschulden oder illegale Handlungen wie beispielsweise Drogenhandel), andererseits kann auch unmittelbare Hilfe initiiert und können hilfsbedürftige Menschen direkt an die entsprechenden Stellen vermittelt werden. In der Praxis stoßen die Interventionsteams oft auf verschiedenste unerwartete Missstände in den Haushalten. Häufige Probleme sind Langzeitarbeitslosigkeit, soziale Isolation, keine oder nur unzureichende Kenntnisse der niederländischen Sprache, Schulden und Erziehungsprobleme. Trotzdem werden in vielen Fällen die bestehenden Hilfsangebote nicht in Anspruch genommen.

Im Falle von Unregelmäßigkeiten kann ein Besuch des Interventionsteams aber auch schwerwiegende Konsequenzen haben: illegale Einwanderer werden unter Arrest gestellt, Sozialleistungen können gestrichen werden, und in Fällen besonders schwerer Belästigungen können die Verursacher des Hauses verwiesen und die entsprechende Wohnung durch eine Stahltür verschlossen werden (vgl. Engbersen et al. 2005: 96; Tops 2007: 215-219).

Die unangekündigten Hausbesuche der Interventionsteams sind Gegenstand massiver Kritik geworden. Dem Rotterdamer Ombudsmann zufolge sollten Wohnungen ein ‚obrigkeitsfreier Raum‘ bleiben. Die Obrigkeit dürfe selbstverständlich an die Türen klopfen, um Hilfe anzubieten, aber nicht um zu kontrollieren. Es sei auch möglich, dass Menschen überumpelt oder unter Druck gesetzt würden, um ein Interventionsteam in die Wohnung zu lassen. Und sei das Team erst einmal drinnen, würden viel mehr Dinge erfragt und kontrolliert als anfänglich zu erwarten gewesen wäre (Der Ombudsmann spricht von einer ‚Schleppnetz‘-Prozedur, die auch allerlei Nebenwahrnehmungen umfasst). Darüber hinaus sollen so schwere Sanktionen wie der Verweis aus der Wohnung und das Anbringen der Stahltür oft ohne jegliche Grundlage erfolgt sein (Ombudsmann van Rotterdam 2007). Seitens der Interventionsteams reagiert man auf diese Kritik mit der Feststellung, dass in den letzten Jahren zehntausende Hausbesuche durchgeführt worden wären, es aber nur wenige Klagen gegeben habe (vgl. Tops 2007: 219).

4.3 *Personenorientiertes Vorgehen*

Ein drittes Beispiel für die Handlungsweise des neuen Rotterdamer Sicherheitsregimes ist das personenorientierte Vorgehen gegen Gruppen, die die öffentliche Ordnung in besonders hohem Maße beeinträchtigen. Dies sind beispielsweise Drogenabhängige oder kriminelle Jugendliche. Der Ausgangspunkt für diese Vorgehensweise ist die Feststellung, dass eine verhältnismäßig kleine Gruppe der Bevölkerung (Drogenabhängige, Obdachlose, Jugendliche) für einen relativ großen Teil der Ordnungswidrigkeiten und der Kriminalität in der

Stadt verantwortlich ist. Ziel des personenorientierten Vorgehens (POV)⁵ ist es, etwa 700 Personen, die als die Hauptverursacher des Problems gelten (die ‚Top 700‘), durch eine intensive Vorgehensweise dauerhaft von der Straße zu holen. Mit den herkömmlichen Mitteln der Justiz kann dies in den meisten Fällen nicht erreicht werden, da die Vergehen dieser Wiederholungstäter zumeist nicht besonders schwerwiegend sind. Daher werden in den Fällen, in denen es einmal zu einem Prozess kommt, meist nur leichte Strafen verhängt. Im Rahmen des POV werden von den Top 700 ausführliche Polizeiakten angelegt, so dass im Falle eines erneuten Prozesses nicht nur ein, sondern eine ganze Reihe von Vergehen zur Grundlage des Strafmaßes werden. Richter können auf diese Weise höhere Strafen verhängen, was nicht nur zur Folge hat, dass der Betroffene für längere Zeit ‚von der Straße‘ kommt, sondern auch, dass Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet werden können. Darüber hinaus werden Jugendliche nach einer schwereren Strafe mit Resozialisierungsmaßnahmen konfrontiert. Neben den strafrechtlichen Maßnahmen verfügt das POV über Hilfsmaßnahmen, die sich besonders an notorische Störenfriede mit psychischen Beeinträchtigungen oder Suchtproblemen richten. Neu hierbei ist, dass Sucht nicht mehr als ‚gegeben‘ hingegenommen wird. Die neue Vorgehensweise sieht langfristige Hilfsprogramme für Unruhe stiftende Abhängige vor, oftmals in Kombination mit rechtlichen Schritten.

In diesem Punkt wird die allgemeine Tendenz des neuen Rotterdamer Ansatzes besonders deutlich: Anders als in früheren Zeiten sucht man die Lösung für die sozialen Probleme der Stadt nicht mehr ausschließlich in ‚mehr Hilfe‘, auch nicht ausschließlich in ‚mehr Repression‘, sondern in einer Kombination dieser beiden Strategien.

5 Lokale Integrationspolitik in Rotterdam

Wie bereits beschrieben hatte das neue Rotterdamer Sicherheitsregime nicht direkt mit der lokalen Integrationspolitik und der Minderheiten- und Migrantenproblematik zu tun. Indirekt hat die Sicherheitspolitik allerdings in beinahe jeder Hinsicht mit Integrationsfragen zu tun, da sich die Sicherheits- und Kriminalitätsprobleme insbesondere in Stadtteilen mit hohen Minderheitenanteilen konzentrieren und weil sowohl Täter als auch Opfer von Gewalt und Kriminalität sehr häufig über einen Migrationshintergrund verfügen. Im folgenden Abschnitt werden drei politische Themen diskutiert, die direkt mit Integrationsfragen zusammenhängen. Zunächst wird es um die bereits erwähnte Bevölkerungsprognose gehen, der zufolge Minderheiten bereits in absehbarer Zeit die Mehrheit der Rotterdamer Bevölkerung stellen werden, was zu einer hitzigen Diskussion und letztendlich zu einer ‚selektiven Niederlassungspolitik‘ für deprivierte Neubürger in der Stadt führte. Anschließend wird auf die Islamdebatte des Jahres 2005 und den daraus hervorgegangenen ‚Rotterdam Code‘ eingegangen. Abschließend wird die im Rotterdamer Regierungsprogramm von 2002 angekündigte konsequentere Durchsetzung eines verpflichtenden Sprach- und Erstintegrationsunterrichts für ausländische Neubürger besprochen.

⁵ Weitere Informationen unter: www.om.nl/parket/arrondissementsparket_rotterdam/publicaties/persoonsgerichte_aanpak/ (Zugriff: 30.11.2007).

5.1 *Beunruhigende Bevölkerungsprognosen und ‚Rotterdam hält durch‘*

Im Jahr 2003 prognostizierte das Rotterdamer Statistische Institut COS, dass bei unveränderten politischen Voraussetzungen ethnische Minderheiten⁶ im Jahr 2017 mehr als die Hälfte der Rotterdamer Bevölkerung ausmachen werden. Obwohl diese Prognose mittlerweile korrigiert wurde, führte sie zu hitzigen Diskussionen in der Rotterdamer Politik. Angestoßen wurde die Debatte von einer öffentlichen Äußerung des sozialdemokratischen Vorsitzenden des Stadtbezirks Charlois, Dominic Schrijer (2003) (inzwischen Senator von Rotterdam), dass sein Stadtteil angesichts massiver sozialer und ökonomischer Probleme keine sozial benachteiligten Menschen mehr aufnehmen könne. Schrijer sprach übrigens nicht von Minderheiten oder Migranten, sondern ausdrücklich von ‚Benachteiligten‘, also Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern oder illegalen Einwanderern. *Leefbaar Rotterdam* reagierte umgehend mit der alten Forderung nach einem ‚Migrantenstopp‘ für Rotterdam. Der Senator Marco Pastors, der sich immer mehr als Führer von *Leefbaar Rotterdam* etablierte, forderte einen ‚totalen Stopp‘ für ‚benachteiligte Migranten‘. Er sah keinen nennenswerten Unterschied zwischen ‚Migranten‘ und ‚Benachteiligten‘, da es in der Praxis ja doch um dieselbe Gruppe ginge. Allerdings wurde er im Stadtrat dazu gezwungen, sich von dem Ausdruck ‚Migrantenstopp‘ zu distanzieren, da die ethnische Herkunft allein nicht ausschlaggebend dafür sein dürfe, ob sich ein Mensch in Rotterdam niederlassen dürfe oder nicht (vgl. Tops 2007: 85).

Die Rotterdamer Stadtverwaltung beriet sich allerdings trotzdem, wie man deprivierte Neubürger besser über die gesamte Stadt verteilen könnte. In der Note „Rotterdam hält durch“ (2003) wurde, ausgehend von den Untersuchungsergebnissen der COS, eine ‚verschärfte Niederlassungspolitik‘ in Rotterdam angekündigt. Um der zunehmenden selektiven Migration von und nach Rotterdam (also dem Fortzug der Mittelschichten und dem Zuzug benachteiligter Migranten) Herr zu werden, sollte einerseits eine Politik verfolgt werden, die hilft, ‚erwünschte Anwohner‘ in Problemstadtteilen anzusiedeln und auch zu halten (beispielsweise durch die Schaffung von teurerem, aber attraktiverem Wohnraum, die Förderung von Wohneigentum und zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen) und gleichzeitig den ‚Zuzug von deprivierten Gruppen in die Region, die Stadt und die Stadteile‘ im Griff zu behalten (College Rotterdam 2003: 47). In der Praxis bedeutet das heute, dass jeder angehende Neubürger, der sich in einem der betreffenden Stadtteile niederlassen möchte, zunächst eine Niederlassungsgenehmigung bei der Stadtverwaltung beantragen muss. Voraussetzung für den Erhalt einer solchen Genehmigung ist unter anderem der Nachweis eines geregelten Einkommens. Mit diesem Entwurf einer selektiven Niederlassungspolitik wurde sorgfältig vermieden, den ethnischen Hintergrund von Migranten als Ausschlusskriterium für die Erteilung einer Niederlassungsgenehmigung zu nennen. Durch das Anlegen sozialer Kriterien (wie Mindesteinkommen, geregeltes Arbeitseinkommen) wurde insbesondere ein Konflikt mit dem niederländischen Antidiskriminierungsgesetz vermieden. Allerdings wurde ausdrücklich betont, dass sich die selektive Niederlassungspolitik in erster Linie an Migranten richtet: „die Farbe ist nicht das Problem, aber das Problem hat eine Farbe“ (College Rotterdam 2003: 12). Ein interessanter Aspekt dieser Geschichte ist, dass die Rotterdamer Niederlassungspolitik genau genommen zunächst im Widerspruch zur nieder-

⁶ Migranten der ersten und zweiten Generation, die aus nicht-westlichen Ländern stammen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Staatsangehörigkeit (daher inklusive Migranten und deren Nachkommen, die über die niederländische Staatsbürgerschaft verfügen)

ländischen Gesetzgebung stand. Auf Antrag der Stadt Rotterdam verabschiedete die niederländische Regierung aber im Dezember 2005 das ‚Gesetz zu besonderen Maßnahmen im Zusammenhang mit großstädtischen Problemstellungen‘ (auch bekannt als ‚Rotterdamgesetz‘), das den Städten einen größeren rechtlichen Spielraum im Umgang mit urbanen Problemen einräumt. Dieses neue Gesetz ermöglichte es unter anderem, den Zuzug von sozio-ökonomisch benachteiligten Neubürgern in bestimmte Stadtteile zu beschränken. An diesen Entwicklungen kann man deutlich sehen, dass lokale Probleme bei weitem nicht immer auf der lokalen Ebene gelöst werden können, sondern dass oft auch ein Eingreifen auf regionaler, nationaler oder gar europäischer Ebene notwendig sein kann (vgl. Engbersen et al. 2005: 20, 21).

5.2 *Aufregung über den Islam: Die Islamdebatte und der ‚Rotterdam Code‘ nach der Ermordung Theo van Gogh*

Im November 2004 wurden die Niederlande erneut durch einen politischen Mord erschüttert. Der Filmemacher *Theo van Gogh*, der zusammen mit der Politikerin Ayaan Hirsi Ali einen kritischen Film über die Unterdrückung der Frau im Islam veröffentlicht hatte, wurde auf offener Straße von einem islamistischen Fundamentalisten niedergeschossen. Dieser Mord war für viele Städte der Auslöser, etwas gegen die Radikalisierung moslemischer Bevölkerungsgruppen zu unternehmen. Im Falle Rotterdams führte dies zu einer Reihe von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zum Thema ‚Islam und Integration‘. Die Rotterdamer Islamdebatte bestand aus unterschiedlichen Diskussionsrunden, die im Laufe des Jahres 2005 stattfanden: einigen ‚internen Debatten‘, in denen die moslemischen Gemeinschaften miteinander sprachen, einer ‚Informationsrunde‘, die mehrere Berichte über den Islam in den Niederlanden und besonders in Rotterdam sowie drei Essays, in denen Rotterdamer Senatoren ihre eigene Sicht der Dinge darlegten, hervorbrachte und schließlich eine Vielzahl öffentlicher Diskussionen. Der Sinn dieser Übung bestand für die Rotterdamer Stadtverwaltung darin, „die Integration und das gegenseitige Verständnis der Bevölkerungsgruppen“ zu stärken, aber auch darin, „Missstände“ in moslemischen Kreisen zu thematisieren und „Tabus zu durchbrechen“ (Maussen 2006: 117).

Die Islamdebatte in Rotterdam begann mit einer Reihe ‚interner Debatten‘ von Moslems untereinander. Der Tenor dieser Debatten war ein scharfer Protest gegen die Art und Weise, wie in Rotterdam (und in den Niederlanden allgemein) über Moslems gesprochen wurde: Moslems in Rotterdam fühlten sich in zunehmendem Maße ausgeschlossen, wurden durch die einheitliche Bezeichnung ‚die Moslems‘ als homogene Gruppe dargestellt, deren Denken und Handeln ausschließlich von ihrem Glauben bestimmt würde, und bemerkten in der niederländischen Islamdebatte eine mangelnde Unterscheidung von ‚Religion‘ und ‚Kultur‘. Viele tatsächliche oder vermutete Probleme entstünden aber nicht aus dem Islam, sondern vielmehr aus den kulturellen Traditionen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (vgl. Maussen 2006: 117f.). Insbesondere dieser letzte Punkt wurde in einem Essay der *Leefbaar-Rotterdam*-Senatorin *Marianne van den Anker* aufgegriffen:

„Man kann nicht alle Moslems über einen Kamm scheren, man sollte die Dinge aber doch beim Namen nennen. Denn erst wenn man ein Problem beim Namen nennt, hat man eine wirkliche Chance, eine Lösung zu finden, ganz im Gegensatz zum allseits friedlichen und gemäßigten Weg der Konfliktvermeidung. Das Herunterspielen und das Zudecken von Problemen mit dem

Mantel der Liebe, wie wir es schon viel zu lange getan haben, löst keine Probleme“ (zitiert nach Maussen 2006: 119).

Was ihrer Meinung nach ‚beim Namen genannt‘ werden sollte, war, dass manche Moslems andere Moslems dazu anstifteten, ‚Homosexuelle zu steinigen‘, dass Hebammen moslemische Frauen sahen, „die so zugenäht waren, dass man sich fragt, wie das mit der Befruchtung überhaupt funktioniert haben soll“, und dass marokkanischstämmige moslemische junge Männer „ausschließlich marokkanische Mädchen heiraten wollten, weil sie die dazu zwingen könnten, ein Kopftuch zu tragen und zu Hause zu bleiben“. Während der öffentlichen Debatte um ihr Essay sprach die Senatorin von den ‚Sieben Plagen des Islam‘: der politische Islam, die Verachtung Homosexueller, die Beschneidung von Frauen, der Jungfräulichkeitskult, die Auffassung von Ehre und Rache, die Unterdrückung der Frau und die Zwangsheirat (zitiert nach Maussen 2006: 119f.). Diese Äußerungen von Senatorin *Van den Anker* sind bezeichnend für die Art und Weise, wie in den Niederlanden in jenen Jahren über die ‚Probleme des Islams‘ gesprochen wurde (und auch heute noch gesprochen wird). Es ist nun einmal eine Sache, zu behaupten, die genannten Probleme träten in der gesamten moslemischen Welt und daher auch in moslemischen Gemeinschaften in Europa auf, aber es ist etwas völlig anderes, zu behaupten, diese Probleme entstünden direkt aus ‚dem Islam‘. Dies würde eine sehr essentialistische Auffassung von Kultur implizieren, etwa als ob ‚der Islam‘ über eine klar bestimmte ‚kulturelle Essenz‘ verfügte, in der Varianten und Veränderungen unmöglich wären (vgl. Snel/Stock 2008). Dementsprechend wurde die Senatorin während der Debatten überwiegend wegen ihrer Vorurteile und ihres Unverständnisses des Islam kritisiert. Ihr Essay würde „alle Probleme am Islam festmachen“ und daher eher „zu einem Klima der Distanzierung als zu einer Annäherung beitragen“ (Maussen 2006: 120).

Die kleineren Debatten, die in den Stadtteilen und -vierteln stattfanden, hatten allerdings einen anderen Charakter als die großen, städtischen Diskussionsveranstaltungen. Diese kleineren Debatten wurden unter anderem von Moscheen oder multikulturellen Frauenzentren organisiert. An diesen Veranstaltungen nahmen nicht so sehr Politiker, Beamte und andere ‚Berufsbürger‘ teil, sondern viel eher Anwohner – häufig Moslems – aus den Stadtteilen. Diese Stadtteildebatten waren offener als die zentralen, städtischen Veranstaltungen, so dass die Teilnehmer oftmals tatsächlich miteinander ins Gespräch kamen. Teilnehmer bewerteten diese Veranstaltungen als positiv, sie hätten tatsächlich zu „mehr Verständnis und Respekt gegenüber meinen Nachbarn beigetragen“ (Snel/ Boonstra 2005: 142). Der allgemeine Eindruck von den zentralen, städtischen Diskussionsveranstaltungen war eher, dass diese mehr polarisierend als verbindend wirkten. Maussen nennt sowohl positive als auch negative Folgen der Rotterdamer Islamdebatten. Positiv ist sicherlich, dass der allgemeine Informationsstand über den Islam und seine Inhalte in Rotterdam verbessert wurde und dass in den ‚kleinen‘ Diskussionsrunden das Verständnis und der Kontakt der Bürger gefördert wurden. Negativ ist allerdings, dass die Islamdebatte auch zu einer „Polarisierung beitrug. Die verschiedensten Probleme wurden von der Politik mit dem Islam in Verbindung gebracht“ (Maussen 2006: 123).

Die Islamdebatte bekam 2006 noch einmal Aufwind, als die Rotterdamer Koalition den so genannten ‚Rotterdam Code‘ veröffentlichte. Im Rahmen der Abschlussdebatte wurde in Anwesenheit des Premierministers Balkenende eine ‚Soziale Charta‘ diskutiert, die vornehmlich zum Ziel hatte, Diskriminierung nicht zuzulassen, den Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen am Leben zu erhalten und die gegenseitige Akzeptanz zu för-

dem. Auch im ‚Rotterdam Code‘ ging es um genau diese Punkte: den Kampf gegen Diskriminierung, Radikalisierung und Extremismus und den Wunsch nach einem respektvollem Umgang mit Frauen, Homosexuellen und Nichtgläubigen. Der ‚Rotterdam Code‘ erregte eher dadurch Aufsehen, dass er beispielsweise den „Gebrauch von Niederländisch als unserer gemeinsamen Sprache“ forderte. Besonders der Zusatz „In der Öffentlichkeit sprechen wir Niederländisch – in der Schule, bei der Arbeit, auf der Straße und im Nachbarschaftszentrum“ (College Rotterdam 2006: 3) rief kritische Reaktionen hervor. Würde es jetzt eine ‚Sprachpolizei‘ geben, die überprüft, welche Sprache die Menschen auf der Straße sprechen?

5.3 *Verpflichtende Erstintegrationsprogramme*

Seit 1998 besteht in den Niederlanden für jeden Einwanderer die Pflicht zur Teilnahme an einem Sprach- und Erstintegrationskurs.⁷ Das Ziel dieser Kurse ist, ausländischen Neubürgern (und Migranten, die zwar schon längere Zeit in den Niederlanden leben, aber über unzureichende Sprachkenntnisse verfügen) die Integration zu erleichtern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Rotterdamer Stadtverwaltung stellte allerdings im Jahr 2002 eine Reihe von Mängeln beim Erstintegrationsunterricht fest (College Rotterdam 2002):

- Der Unterricht sei überwiegend Sprachunterricht, solle aber mehr Aufmerksamkeit richten auf „die niederländische Gesellschaft, ihre sozialen Regeln, das Grundgesetz, Sitten und Gebräuche, die Geschichte usw.“.
- Die Kurse würden zu häufig vorzeitig abgebrochen. Im Jahr 2001 betrug die Abbrecherquote beinahe ein Drittel.
- Die Effektivität der Kurse sei zu gering. Sowohl zu Beginn als auch am Ende eines Kurses machen die Teilnehmer einen Sprachtest, so dass die Fortschritte beim Erlernen der Sprache festgestellt werden können. Durch die Tests wird das ‚Sprachniveau‘ ermittelt. Es zeigte sich allerdings, dass zwei Drittel aller Teilnehmer keine oder nur eine geringe Verbesserung (bis zu höchstens einer Niveaustufe) ihres Sprachniveaus erreichen konnten.

Ganz im Sinne des neuen Politikstils legte die Rotterdamer Koalition neue, messbare Ziele für die Erstintegrationskurse fest: 2006 sollten 85 Prozent aller Teilnehmer den Erstintegrationskurs mit einer Prüfung abschließen, die Abbrecherquote sollte nicht über 15 Prozent liegen und der Anteil der Teilnehmer, die am Ende des Kurses ihre Sprachkenntnisse um mindestens zwei Stufen verbessern konnten, sollte mindestens 40 Prozent betragen.

Inzwischen sind auch einige Fakten aus der Praxis der Erstintegration in Rotterdam bekannt. So zeigt es sich, dass zwar viele, aber nicht alle Ziele des Jahres 2002 erreicht werden konnten. Zwar enthielten alle Erstintegrationskurse 2006 eine Lerneinheit zum Thema Werte & Normen, viele Teilnehmer übten neben dem Kurs freiwillige soziale Tätigkeiten aus, das Angebot erreichte etwa 95 Prozent aller Einwanderer und die Abbruch-

⁷ Bürger anderer EU-Länder sind von der Erstintegrationspflicht ausgenommen. Die Erstintegrationskurse bestehen aus Sprachunterricht und Informationen über die niederländische Gesellschaft (siehe auch Michalowski et al. 2006).

quote sank auf unter 15 Prozent. Lediglich das Ziel, dass mindestens 40 Prozent aller Kursteilnehmer ihr Sprachniveau um mindestens zwei Stufen steigern, wurde nicht erreicht. Der Stadt Rotterdam zufolge waren die Sprachkenntnisse vieler Teilnehmer so gering, dass die beabsichtigte Steigerung in der gegebenen Zeit (etwa 600 Unterrichtsstunden) unmöglich zu erreichen war. Dem entsprechend hat man den Schwerpunkt in den Sprachkursen inzwischen verschoben und hofft, das gesetzte Ziel durch mehr Unterrichtsstunden erreichen zu können (Gemeente Rotterdam 2006).

6 Schlussbemerkung

In den vorangegangenen Ausführungen wurden nur drei Facetten der Rotterdamer Integrationspolitik skizziert, während es darüber hinaus eine Vielzahl politischer Maßnahmen gibt, die zwar nicht unmittelbar mit Minderheiten und Migranten zu tun haben, aber für diese Gruppen merkbare Folgen haben. So wurde in jener Zeit die Früh- und Vorschulerziehung (FVE) für zwei- bis sechsjährige Kinder von Eltern mit schlechtem Bildungsstand (einheimischer oder ausländischer Herkunft) ins Leben gerufen. Eine weitere wichtige politische Innovation ist die Einführung des ‚Jugendschalters‘ im Jahr 2005, eine Einrichtung, in der verschiedene städtische Ämter, die überwiegend mit jungen Menschen zu tun haben (Sozialamt, Arbeitsamt, Schulämter), gemeinsam an einer ‚umfassenden Herangehensweise‘ an Jugendliche arbeiten. In Rotterdam gibt es keine Sozialhilfe für Jugendliche zwischen 18 und 23 Jahren mehr. Wer in diesem Alter einen Antrag auf Sozialhilfe stellt, muss sich zunächst mit WorkFirst auseinandersetzen, einer Institution, die Jugendliche bei der schnellen Eingliederung in den Arbeitsmarkt bzw. bei der Fortsetzung der schulischen Ausbildung unterstützt. WorkFirst bedeutet, dass Jugendliche, die nicht mehr zur Schule gehen und auch nicht arbeiten, verpflichtet sind, drei Monate lang (und notfalls länger) an vier Wochentagen Arbeitserfahrungen zu sammeln und notwendige soziale Kompetenzen zu erwerben. Überhaupt gibt es in Rotterdam viele Projekte und Initiativen, die sich die Wiedereingliederung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt zum Ziel gesetzt haben. Selbstverständlich richten sich diese Maßnahmen, die die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation benachteiligter Rotterdamer verbessern sollen, nicht ausdrücklich und ausschließlich auf Migranten und Minderheiten. In der Praxis sind dies jedoch die wichtigsten Zielgruppen dieser Politik.

Der vorliegende Beitrag hat sich hauptsächlich auf die Politik der früheren Rotterdamer Koalition von *Leefbaar Rotterdam* mit zwei etablierten Parteien (CDA und VVD) bezogen. Diese Koalition ist bemerkenswert, weil sie, nach der so genannten ‚Fortuynrevolution‘, einen grundlegenden Wandel in der Lokalpolitik herbeiführte. Tops (2007: 288) fasst die neue Rotterdamer Lokalpolitik mit drei Stichworten zusammen. Es handelt sich erstens um eine Strategie der Repression, darauf gerichtet, unerwünschte Personen und Situationen zu unterdrücken und zu bestrafen; zweitens um eine Strategie der Fürsorge, wobei Menschen mit Problemen auf irgendeine Weise geholfen werden soll; und drittens um eine Strategie der Prävention, mit der versucht wird, unerwünschten Situationen zuvorzukommen. Diese drei Strategien sind an sich nicht neu. Neu ist aber, dass sie in einem wechselseitigen Zusammenhang platziert werden und dass die Strategie der Repression mehr Beachtung bekommt als zuvor. Jedoch: „Repression ohne Beachtung von Fürsorge und Prävention ist nicht nur hart und wenig human, sondern vor allem wenig effektiv“

(Tops 2007: 289). Neu ist auch, dass in der neuen Vorgehensweise Stadtbehörden wie zum Beispiel Polizei und Sozialarbeiter gezwungen sind zusammen zu arbeiten, wo sie vorher vielleicht vor allem ihrer eigenen Vorgehensweise folgten. Neu ist schließlich auch der praxisorientierte Politikstil. Die Zeit der großen politischen Pläne ist vorbei. Es geht vor allem darum, politische Maßnahmen umzusetzen und die Lebensqualität in der Stadt messbar zu verbessern.

Dieser neue ‚Rotterdammer Ansatz‘ zur Lösung urbaner Probleme ist eng verbunden mit der Koalition, mit der *Leefbaar Rotterdam* die Stadt von 2002 bis 2006 regierte. Bemerkenswert ist jedoch, dass es in Amsterdam, wo nach wie vor die etablierten Parteien regieren und die sozialdemokratische PvdA eine Schlüsselrolle in der Lokalpolitik spielt, vergleichbare politische Ansätze gab (vgl. Engbersen et al. 2005). Auch in Rotterdam selbst haben sich die Prioritäten in der Lokalpolitik nach der Wahlniederlage von *Leefbaar Rotterdam* im Jahre 2006 und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch eine Koalition aus eher etablierten Parteien (PvdA, CDA, VVD, GroenLinks) nicht wesentlich verändert. Aus diesem Grunde spricht Tops (2007) auch von einem ‚Regimewechsel‘ in Rotterdam, ein Begriff, der seiner Meinung nach weitaus mehr bedeutet als ein bloßer politischer Machtwechsel, sondern vielmehr ein neues politisches Paradigma kennzeichnet. Auch heute noch sind Sicherheit und Lebensqualität die zentralen Punkte der Rotterdamer Lokalpolitik, auch wenn inzwischen soziale Aspekte mehr ins Zentrum gerückt sind und der Umgangston mit Minderheiten und Migranten heute weitaus freundlicher ist als damals.

Im Nachhinein kann man sagen, dass gerade dieser unfreundliche Umgangston, den *Leefbaar Rotterdam* und seine Senatoren gegenüber Minderheiten und Migranten pflegten,⁸ den Niedergang dieser Partei einläutete. Der Wahlkampf 2006 war ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen *Leefbaar Rotterdam* und den Sozialdemokraten (PvdA), das heißt zwischen der neuen und der alten Politik. Andere Parteien spielten nur eine untergeordnete Rolle. Schließlich gewannen die Sozialdemokraten die Wahl vor allem wegen des hohen Minderheiten- und Migrantenanteils in ihrer Wählerschaft (in den Niederlanden dürfen auch ausländische Bürger bei Lokalwahlen wählen). Aber wie gesagt, auch die neue politische Führung in Rotterdam ist davon überzeugt, dass eine kraftvolle Lokalpolitik notwendig ist, um die Sicherheit und Lebensqualität in der Stadt zu sichern.

Aus dem Niederländischen von Jan Strohmeier

⁸ *Leefbaar-Rotterdam*-Senatorin *Van den Anker* forderte beispielsweise einen Abtreibungszwang für drogenabhängige Eltern, antillianische Teenagermütter und Frauen mit geistiger Behinderung. *Leefbaar-Rotterdam*-Senator *Pastors* meinte, dass die Scharia eingeführt würde, wenn islamistische Parteien und „ein paar Idioten von GrünLinks“ an die Macht kämen. Kurz vor der Wahlkampf 2006 sagte *Pastors*, dass er „kriminelle Antillianer weit weniger schlimm“ fände als „kriminelle Moslems“, denn: „Moslems verwenden ihre Religion sehr oft als Begründung für ihr Verhalten und für ihre Abkehr von der Gesellschaft“ (Tops 2007: 262, 260, 265). Für den Rotterdamer Stadtrat war das Maß hiermit voll. *Pastors* war schon gemahnt worden nur seinen eigenen Zuständigkeitsbereichs (Wohnungsbau) zu kommentieren. Nach diesen neuen negativen Äusserungen über Migranten wurde er kurz vor den Wahlen aus seinem Amt enthoben.

Literatuur

- Brug, Wouter van der (2003): How the LPF (List Pim Fortuyn) Fuelled Discontent. Empirical Test of Explanation of LPF Support. In: *Acta Politica* 38. 89-106
- Burgers, Jack (1999): Rotterdam wereldhaven. In: Burgers, Jack/Engbersen, Godfried (Hrsg.): *De ongekende stad 1: Illegale vreemdelingen in Rotterdam*. Amsterdam: Boom
- Burgers, Jack/Musterd, Sako (2002): Understanding Urban Inequality. A Model Based on Existing Theories and an Empirical Illustration. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26. 403-413
- College Rotterdam (2002): Samen leven in Rotterdam. Deltaplan inburgering: op weg naar actief burgerschap. Download: <http://www.jos.rotterdam.nl/smartsite510870.dws?Menu=511516> (Zugriff: 11.3.2008)
- College Rotterdam (2003): Rotterdam zet door. Op weg naar een stad in balans. Rotterdam. Download: http://www.rotterdam.nl/Rotterdam/Internet/Collegesites/wethoudervandertak/01actiepr_cement_nieuw.pdf (Zugriff: 01.09.2008)
- College Rotterdam (2006): De Rotterdamse burgerschapscode. Rotterdam. Download: <http://www.rotterdam.nl/Rotterdam/Internet/Collegesites/burgemeesteropstelten/015%20burgerschapscode-def-v4.pdf> (Zugriff: 7.12.2007)
- Commissie Brinkman (2002): Doen, doen, doen! Slotnotitie Visitatiecommissie Grotestedenbeleid G4. Den Haag: Lysias
- Engbersen, Godfried/Snel, Erik/Weltevrede, Afke (2005): Sociale herovering in Amsterdam en Rotterdam. Eén verhaal over twee wijken. Amsterdam: Amsterdam University Press. Download: <http://www.wrr.nl/content.jsp?objectid=2814>
- Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class*. New York: Basic Books
- Fortuyn, Pim (2002): *De puinhopen van acht jaar Paars*. Rotterdam: Speakers Academy
- Gemeente Rotterdam (2006): Nieuwsbrief over Inburgerern. Speciale Editie. maart 2006. Download: <http://www.integratie.net/binaries/kiem/bulk/publicatie/2006/4/oudnieuwspecial2006--2-.pdf> (Zugriff: 7.12.2007)
- Hartman, Casper/Tops, Pieter (2005): Frontlijnsturing. Uitvoering op de publieke werkvloer van de stad. Den Haag: Kenniscentrum Grote Steden. Download: http://www.nicis.nl/nicis/dossiers/Bestuurenorganisatie/Frontlijnsturing_1007.html
- Kloosterman, Robert/Trip, Jan Jacob (2005): Gestold modernisme. Een analyse van de Rotterdamse economie vanuit een postindustriële perspectief. In: Becker, Frans et al. (Red.): *Rotterdam. Het vijftiengste jaarboek voor het democratisch socialisme*. Amsterdam: WBS. 39-57
- Koalitionsvereinbarung (2002): *Coalitieakkoord 2002-2006: Het nieuw elan voor Rotterdam!* 22 April 2002. Coalitieakkoord van Leefbaar Rotterdam, CDA en VVD voor de collegeperiode 2002-2006.
- Maussen, Marcel (2006): *Ruimte voor de islam? Stedelijk beleid, voorzieningen, organisaties*. Apeldoorn/Antwerpen: Het Spinhuis
- Michalowski, Ines/Snel, Erik/Svensson, Jörgen/Thränhardt, Dietrich (2006): *Zuwanderer integrieren. Eine vergleichende Evaluation lokaler Programme in Münster und Enschede*. Ausgabe Stadt Münster. Download: http://www.muenster.de/stadt/zuwanderung/ir_berichte.html (Zugriff: 01.09.2008)
- Oosthoek, Albert (2005): *Pim Fortuyn en Rotterdam*. Rotterdam: Gemeentearchief Rotterdam
- Ombudsmann van Rotterdam (2007): *Baas in eigen huis. „Tja, wij komen eigenlijk voor alles...“ Rapport van een ambtshalve onderzoek naar de praktijk van huisbezoeken* Download: <http://www.ombudsman.rotterdam.nl/publicaties/Eindrapport%20Baas%20in%20eigen%20Huis.pdf> (Zugriff: 11.3.2008)
- Praag, Carlo van (2005): *Rotterdam en zijn migranten*. In: Becker, Frans et al. (Red.): (Hrsg.): *Rotterdam. Het vijftiengste jaarboek voor het democratisch socialisme*. Amsterdam: WBS. 58-76

- Schrijer, Dominic (2003): Het gaat onze draaglast te boven. Een noodkreet uit de lokale praktijk. In: *Socialisme & Democratie*. 10/11. 56-64
- Snel, Erik (2003): De vermeende kloof tussen culturen. Enschede: Universiteit Twente Download: <http://publishing.eur.nl/ir/repub/asset/1862/SOC-2003-013.pdf>
- Snel, Erik/Boonstra, Nanne (2005): De waarde van interetnisch contact. Een onderzoek over initiatieven en beleidsprojecten om interetnisch contact te bevorderen. In: Raad voor Maatschappelijke Ontwikkeling (RMO) (Hrsg.): Niet langer met de ruggen naar elkaar toe. Een advies over verbinden. Den Haag: RMO. 87-170. Download: <http://www.nicis.nl/binaries/kiem/bulk/onderzoek/2006/10/waarde-van-interetnisch-contact.pdf> (Zugriff: 01.09.2008)
- Snel, Erik/Stock, Femke (2008): Debating Cultural Differences. Ayaan Hirsi Ali on Islam and Women. In: Grillo, Ralph (Hrsg.): *The Family in Question. Immigrant and Ethnic Minorities in Multicultural Europe*. Amsterdam: Amsterdam University Press
- Steijn, Bram/Snel, Erik/Laan, Lambert van der (2000): Een postindustriële klassenstructuur? Het klassenschema van Esping-Andersen toegepast op Nederland, Amsterdam en Rotterdam. In: *Sociologische Gids* 48. 77-94
- Tops, Pieter (2007): Regimeverandering in Rotterdam. Hoe een stadsbestuur zichzelf opnieuw uitvond. Amsterdam/Antwerpen: Uitgeverij Atlas
- Visser, Jelle/Hemerijck, Anton (1996): *A Dutch Miracle. Job Growth, Welfare Reform and Corporatism in the Netherlands*. Amsterdam: Amsterdam University Press
- Wansink, Hans (2004): De erfenis van Pim Fortuyn. De Nederlandse democratie na de opstand van de kiezers. Amsterdam: Uitgeverij Meulenhof
- Wouden, Ries van de/Bruijne, Erica de (2001): De stad en de omtrek. Problemen en perspectieven van de vier grootstedelijke gebieden in Nederland. Den Haag: SCP